

Korrespondenz

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugspreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug. Das Einzel Exemplar 15 Pf. ohne Porto. Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend. Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 67, Dreibrunnstr. 5

64. Jahrgang

Berlin, den 20. Oktober 1926

Nummer 83

Nicht erst in den letzten Tagen des Monats, sondern bis zum 25. Oktober hat jedergewerbliche Interessent die **Bestellung des „Korr.“ bei der Post** vorzunehmen. Durch Verspätungen erhöht sich der Bezugspreis auf 1,20 M., weil die Post nach dem 25. eines jeden Monats einen Zuschlag von 20 P. erhob. Zustellungsgebühr beträgt 12 Pf.

Krise des Kapitalismus

Die kapitalistische Wirtschaft leidet seit Jahren an schweren organischen Störungen. Sie ist krank — und zwar ernstlich krank! Zahlreiche Heilkundige sind bemüht, ihr die Gesundheit wiederzugeben. Alle angewendeten Mittel haben sich jedoch als hierzu wenig geeignet herausgestellt. Es geht der Wirtschaft wie dem Kranken, der nacheinander ein ganzes Konzilium von Ärzten in Anspruch nimmt, von denen jeder zu einer eignen Diagnose gelangt und ihn entsprechend behandelt. In solchen Fällen bleibt dem Kranken in der Regel nichts anderes übrig, als entweder ohne ärztliche Hilfe gesund zu werden oder aber seine Rechnung mit dem Himmel abzuschließen. Ganz so schlimm ist es ja nun mit der kapitalistischen Wirtschaft noch nicht, wenn es auch an Prophezeiungen nicht fehle, die ihr nahes Ende voraussagen. Sie sind nicht in Erfüllung gegangen, weil die Konstitution des Patienten stärker war als von den Propheten angenommen wurde. Zweifellos ist sie auch jetzt noch stark genug, um über die bestehende Krise — denn um eine solche handelt es sich — hinwegzukommen.

Wie das geschehen soll, darüber ist man sich in den kapitalistischen Kreisen recht wenig klar, und die Unklarheit scheint zuzunehmen, je länger der gegenwärtige Krisenzustand dauert. Dabei handelt es sich um die bestehende kapitalistische Wirtschaftsordnung, deren Wesen doch ihren Vertretern genügend bekannt sein müßte, um daraus auf die einen Erfolg versprechenden Heilmittel schließen zu können. Wie hat man auf bürgerlicher Seite zu spotten gewußt, als die Sozialisierungsverhandlungen ohne Ergebnis blieben, weil bei der durch den Weltkrieg geschaffenen Wirtschaftslage jeder ernsthaftere Sozialisierungsversuch zur Unsichtbarkeit verurteilt war. Darüber bestand sowohl bei der Sozialdemokratie wie bei den Gewerkschaften im allgemeinen völlige Klarheit, weshalb man es damals auch vermieden hat, fruchtlosen Experimenten das Wort zu reden. Eine Enttäuschung hierüber war nur bei denjenigen vorhanden, die aus mangelnder wirtschaftlicher Einsicht nicht zu erkennen vermochten, daß die Voraussetzungen für ein Gelingen solcher Experimente fehlten.

Damit vergleiche man die gegenwärtige Verwirrung bei den bürgerlichen Wirtschaftsführern, die sich in den widersprechendsten Vorschlägen und in der Verwerfung alles dessen äußert, was früher von der kapitalistischen Wirtschaftstheorie als maßgebend angesehen wurde. Die alten Mittel wollen nicht mehr helfen, alle Erfahrungen, alles Wissen über den wirtschaftlichen Aufbau und das Zusammen- und Gegeneinanderwirken der in der Wirtschaft vereinigten Kräfte sind gegenstandslos geworden. Überall stößt man auf ein Taufen und Suchen nach anderen Mitteln, nach neuen, noch unbekanntem Wegen, um die Wiedergewinnung der Wirtschaft zu erreichen. Auf allen Tagungen wirtschaftlicher und wissenschaftlicher Vereinigungen beschäftigt man sich damit, ohne jedoch zu einer befriedigenden Beantwortung der gestellten Fragen zu gelangen. Der Kapitalismus befindet sich in schweren Nöten! Die das Wirtschaftsleben seit dem Ende des Weltkrieges fortgesetzt erschütternden Krisen haben sich zu einer Krise des Kapitalismus selbst verdichtet, in deren weiterem Verlauf es ohne starke politische und wirtschaftliche Umgestaltungen nicht abgehen wird.

Diese Auffassung gelangte auch auf der Ende September in Wien abgehaltenen Tagung des Vereins für Sozialpolitik zum Ausdruck. Der genannte Verein hat bekanntlich von jeher seine Aufgabe darin gesehen, Erkenntnis

über die wirtschaftlichen Tatsachen der Gegenwart zu verbreiten, um so die Grundlage für eine umfassende großzügige Sozialpolitik zu schaffen. Seiner Tätigkeit ist es mit zu danken, daß die noch in den sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts in Deutschland herrschende Idee, daß der Staat sich in das wirtschaftliche Getriebe nicht einzumischen dürfe und die Dinge gehen lassen müsse, fallen gelassen und eine neue geistige Einstellung herbeigeführt wurde, auf deren Boden sich die deutsche Sozialpolitik zu entwickeln vermochte. Der die Tagung einleitende große Vortrag des Professors Harns über die Krisis der Weltwirtschaft stellte fest, daß der Kapitalismus zwar nicht am Ende seiner Entwicklung angelangt ist, sondern sich vielmehr erst eigentlich durchzusehen beginne. Aber die Stellung des europäischen Kapitalismus zur Weltwirtschaft sei eine andre geworden. Und für Europa bestehe die entscheidende Frage: seine kapitalistischen Kräfte entweder weiter kräftig zu entfalten oder aber, mehr noch als heute, aus seiner von Amerika bereits weit überholten Vormachstellung herausgedrängt zu werden. Daraus leite die Schlußfolgerung ab: Wiedergeburt seines kapitalistischen Geistes oder Abstieg in seiner Weltmachstellung — was den Verfall bedeuten würde!

Diese Fragestellung kennzeichnet die Schwierigkeiten, vor denen der europäische Kapitalismus steht. Schwierigkeiten, die nach Harns nicht durch kleine Mittel, selbst nicht durch die planmäßige Herausbildung einer großen Wirtschaftseinheit der europäischen Länder — der Schaffung eines Paneuropas —, sondern nur mittels eines viel umfassenderen, durch mannigfache Verträge gesicherten internationalen Interessenausgleichs beseitigt werden können. Das ergibt, daß der europäische und mit ihm der deutsche Kapitalismus in der gegenwärtigen, völlig geänderten Weltwirtschaft eine ganz neue Stellung einnimmt und seine Existenz nur retten kann, wenn sich der Wille zu kraftvoller kapitalistischer Entfaltung behauptet. Daraus erwächst nach Harns eine neue Solidarität zwischen Arbeiterschaft und Unternehmertum, deren Interessen in der bevorstehenden neuen Epoche des Kapitalismus völlig übereinstimmend sind, weil der Verfall des Kapitalismus in den europäischen Staaten auch den Verfall der sozialen Lage der Arbeiterschaft nach sich ziehen würde.

Diesen Schlußfolgerungen wird man in bedingtem Umfange zustimmen können. Unbestreitbar bleibt aber, daß eine baldige Wiedergewinnung der europäischen wie deutschen Wirtschaft nur bei einheitlichem Zusammenarbeiten aller in ihr tätigen Kräfte möglich ist. Dazu gehören auch die Arbeiter! Von dem gleichen Gedanken ausgehend hat deshalb Silverberg in seinen bekannten Reden ausgesprochen, daß gegen und ohne die Arbeiterschaft nicht regiert werden könne. Das ist eine Aufforderung an die Arbeiterschaft zur politischen und wirtschaftlichen Mitarbeit, die selbstverständlich nur auf der Grundlage völliger Gleichberechtigung möglich sein kann, wenn sie zu befriedigenden Ergebnissen führen soll. Die Arbeiterschaft ist zu einer solchen Mitarbeit bereit und erkennt insoweit eine Interessensolidarität zwischen Kapital und Arbeit an, als die Hebung und ungehinderte Zugangshaltung der Wirtschaft in Betracht kommt. Diesen Standpunkt haben die Gewerkschaften von jeher eingenommen und sich nur dagegen gewendet, daß die Arbeiter allein die Kosten einer Wiederaufrichtung der Wirtschaft tragen sollen. Der Rahmen für ein praktisches und erfolgreiches Zusammenarbeiten zwischen Unternehmern und Arbeitern ist also vorhanden und weit genug. Darüber hinaus hört jedoch die Interessensolidarität zwischen Kapital und Arbeit auf. Das gebieten die bestehenden Verhältnisse, die wohl gemildert, in der privatkapitalistischen Wirtschaft aber niemals aufgehoben werden können.

Das Gelo, das die Reden Silverbergs im Unternehmertum fanden, beweist jedoch, daß man dort von einer Anerkennung der Gleichberechtigung der Arbeiter noch recht weit entfernt ist und, abgesehen von verhältnismäßig wenigen Ausnahmen, ein Zusammenarbeiten mit ihnen noch nicht wünscht. Das wird sich ändern! Der verständigere Teil des Unternehmertums sieht diese Entwicklung bereits kommen und sucht sich ihr beizeiten anzupassen. Der rückständige Teil sträubt sich dagegen und glaubt trotz aller gegenteiligen Erfahrungen stark genug zu sein, die Forderungen der Arbeiter nach wirtschaftlicher Gleichberechtigung unberücksichtigt zu lassen. Dabei brennt auch ihm

das Feuer der kapitalistischen Krise immer stärker auf den Nägeln. Mit den alten Ausbeutungs- und Bereicherungs- methoden ist auf die Dauer nicht mehr auszukommen. Der alte Kapitalismus steuert dabei unrettbar seinem Verfall entgegen. Will er davor bewahrt bleiben, so muß er sich zu Konzessionen entschließen, die den Anforderungen der Zeit entsprechen, und zwar sowohl gegenüber den Verbrauchern wie den Arbeitern. Bringt er diese Einsicht nicht freiwillig auf, so wird er durch die in diesem Falle unausweichlichen politischen und wirtschaftlichen Kämpfe dazu gezwungen werden.

Die Internationale der Unternehmer

Die internationalen Beziehungen der Wirtschaft beleben sich zusehends im Zusammenhang mit der Entgiftung der politischen Atmosphäre. Dabei eilen die wirtschaftlichen Triebkräfte zur Wiederherstellung einer weltwirtschaftlichen Einheit den politischen Tendenzen voraus und beeinflussen sie. Der Eintritt der deutschen Unternehmerverbände in die internationale Handelskammer, die Mitarbeit Deutschlands an der vom Völkerbund einberufenen vorbereitenden Weltwirtschaftskonferenz ging dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund voraus. Andererseits wird aber gerade dieser politische Wendepunkt die Stellung Deutschlands in der kommenden Weltwirtschaftskonferenz stärken und sich auch in dem Zusammenarbeiten der internationalen Verbände geltend machen. Schon auf der kürzlich in Scheveningen abgehaltenen Generalversammlung des Internationalen Transportversicherungsverbandes, dem alle europäischen Länder, außer Frankreich, angehören, haben die Engländer — offenbar unter dem Eindruck der Genfer Ereignisse — ihren ursprünglichen erhobenen Einspruch gegen den Sitz des Bureau in Berlin fallen gelassen, und es wird zu erwarten sein, daß auf der nächstjährigen Tagung in Venedig sich auch die Franzosen einfinden werden.

Letzten Endes sind es ja auch die starken internationalen privatwirtschaftlichen Bindungen, die im letzten Jahr entstanden sind — nicht weniger als 14 internationale Kartelle wurden gegründet —, die mit zur Erklärung der bekannten politischen Rede Silverbergs auf der Dresdener Tagung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie herangezogen werden müssen. Die Industrie sucht die politische Unterstützung der Arbeiterschaft zur Durchführung ihrer internationalen Wirtschaftspläne, die durch die Außenpolitik der Deutschlandnationalen gestört wird. Seit Eintritt in die internationale Handelskammer haben sich die Beziehungen des Reichsverbandes der Deutschen Industrie zu den Organisationen der englischen, der holländischen, der österreichischen, der schweizerischen, der tschechischen und vor allem der englischen stark gehoben. Diese Pflege internationaler Beziehungen zwischen den Industrieverbänden geht dabei Hand in Hand mit der zunehmenden internationalen Kartellierung der europäischen Wirtschaft.

Für die internationale Verflechtung und Verwurzelung des Kapitals und des Unternehmertums kennzeichnend ist auch die Ausdehnung der Internationalen Handelskammer. Diese Institution, seit 1905 bestehend, war durch die Kriegsergebnisse auch in die Brüche gegangen. Aber bereits im Jahre 1919 kam von einer amerikanischen Handelskammer die Anregung zur Wiederaufnahme der alten Beziehungen. Nach einem vorbereitenden Kongreß in Amerika fand 1920 die erneute Gründung der Internationalen Handelskammer in Paris statt. Zunächst waren nur Belgien, Frankreich, England, Italien und die Vereinigten Staaten vertreten. Aber schon die Liste des nächsten Kongresses der I.H.K., der 1921 in London stattfand, weist die Vertreter von 37 Ländern auf. Seitdem haben alle zwei Jahre Tagungen der Internationalen Handelskammer stattgefunden — 1923 in Rom und 1925 in Brüssel. 1925 nahm auch die deutsche Industrie ihre Beziehungen zur I.H.K. wieder auf.

Insgesamt gehören heute mehr als 700 der wichtigsten Unternehmerorganisationen von 42 Ländern der I.H.K. an. Schon daraus geht hervor, daß es sich hier nicht nur um eine Vereinigung der Handelskammern im eigentlichen Sinne des Wortes handelt, sondern um eine „Internationale der Unternehmer“ überhaupt. Der I.H.K. gehören in Deutschland nicht nur der Deutsche Industrie- und Handels-

tag, sondern auch die Spitzenorganisationen der Fachverbände der Industrie, des Handels und der Banken an (Reichsverband der Deutschen Industrie, Zentralverband des deutschen Bank- und Bankiergewerbes, Zentralverband des deutschen Großhandels und Reichsverband des deutschen Ein- und Ausführhandels). Außerdem ist den angeschlossenen Verbänden dieser Spitzenorganisationen sowie den angehörigen Mitgliedern die Möglichkeit gegeben, als Einzelmitglieder beizutreten, wovon auch vielfach Gebrauch gemacht worden ist.

So wird das Netz internationaler unternehmerlicher Beziehungen immer enger. Die Herrschaft des Kapitals ist in den wenigen Nachkriegsjahren international von viel größerem Einfluß und viel größerer Mächtigkeit, als es je in der Vorkriegszeit war. Anlaß und Ursache für die Gewerkschaftsbewegung, auch ihre internationalen Beziehungen nicht zu vernachlässigen, sie vielmehr zu pflegen und nach Möglichkeit auszubauen. Dfg.

Internationale soziale Bewegung

Die letzten Wochen erhielten für die soziale Bewegung besondere Bedeutung durch eine Reihe wichtiger nationaler und internationaler Kongresse der freien Gewerkschaften. Der unter diesen besonders wichtige englische Gewerkschaftskongress zog eine stärkere Konzentration der gewerkschaftlichen Macht beim Generatrat in Erwägung, lehnte eine solche Maßnahme jedoch vorläufig bis zur Beendigung des Bergarbeiterstreiks ab. Ein ähnlicher Antrag beschäftigte den schwedischen Gewerkschaftskongress und wurde auch dort zur weiteren Prüfung zurückgestellt. Sowohl auf dem englischen wie auf dem schwedischen Kongress wurde die gewerkschaftliche Konzentration — die übrigens jüngst einen neuen Fortschritt durch den Anschluß des österreichischen Verbandes der Maschinen- und Heizer an den österreichischen Metallarbeiterverband zu verzeichnen hat, während die Einigung der bulgarischen Gewerkschaften schließlich doch noch scheiterte — befürwortet, wobei in England die Schaffung eines nationalen Einheitsverbandes abgelehnt wurde. Auch der Kongress der freien Gewerkschaften Rumäniens und die Internationale der Bauarbeiter nahmen gegen die Aufspaltung der organisierten Arbeiter in zahlreiche kleine Verbände Stellung. Was schließlich die vielörterte Frage der Verschmelzung der Moskauer und der Amsterdamer gewerkschaftlichen Internationales bzw. der entsprechenden Berufsverbände anbelangt, so nahmen sowohl die englischen und die rumänischen Gewerkschaften wie die Internationale der Bauarbeiter und des Post-, Telegraphen- und Telefonpersonals abwartende Haltung ein — das Verhältnis der Gewerkschaftszentralen zueinander soll zuvor geklärt werden. Auf allen diesen Kongressen fand die Arbeitszeitfrage besondere Beachtung und es wurde die Forderung nach Ratifizierung des Washingtoner Achtstundentagsabkommens immer wieder laut. Vor allem forderten die Tagungen der Internationalen Landarbeiters-Föderation und der Internationalen Transportarbeiter-Föderation die Durchführung des Achtstundentags für die Landarbeiter, Seefahrer und Eisenbahner. Auf der internationalen Tagung der Transportarbeiterverbände wurde auch eine eingehende Untersuchung der Arbeitsverhältnisse bei den Eisenbahnen durch das Internationale Arbeitsamt und die Verbesserung der sozialen Bestimmungen des deutschen Reichsbahngesetzes gefordert. Einen interessanten Beschluß in der Arbeitszeitfrage faßte der amerikanische Gewerkschaftskongress: er befürwortet und strebt an die allgemeine

Durchführung der fünfjährigen Arbeitswoche mit 40 Arbeitsstunden. Die Erörterung von Lohnfragen gewann angesichts der besonders schlechten Lohnverhältnisse der Landarbeiter für deren internationale Tagung besondere Bedeutung, die Festlegung von Minimallohnen für die Landwirtschaft wurde gefordert. Die gleiche Forderung stellen angesichts der niedrigen Löhne auch der bulgarische Gewerkschaftskongress, der außerdem die Anerkennung der Kollektivverträge verlangt. Für den Landarbeiterkongress war ferner die Frage des Arbeiters, besonders des Frauen- und Kinderhutes von Wichtigkeit, die schnelle Unterzeichnung der diesbezüglichen internationalen Abkommen wurde gefordert. Auf allen diesen Tagungen wurde gegen die vielfältige Bedrückung und Enttötung der Gewerkschaften in verschiedenen Ländern, vor allem im faschistischen Italien, Protest erhoben. Die Vertreibung von 250 Landarbeiterfamilien, die den faschistischen Gewerkschaften nicht beitreten wollten, ist der neueste Gewaltakt des Faschismus.

Die Arbeitsmarktlage, die gleichfalls auf den genannten Kongressen ein wichtiges Problem bildete, war in den letzten Wochen uneinheitlich. Polen, das aus dem englischen Bergarbeiterstreik Gewinn zieht, Deutschland, wo sich eine Konjunkturbesserung ganz allmählich auf dem Arbeitsmarkt ankündigt, Österreich und Schweden zeigen verringerte Arbeitslosenziffern. In England erfuhr eine Industrieinfolge der Kohlenzufuhr einige Belebung, so daß die Arbeitslosenziffer Ende September um 8 Proz. geringer als im Juli, jedoch noch immer höher als 1 1/2 Millionen war; 13,3 Proz. der Gewerkschaftsmitglieder waren im August arbeitslos, gegenüber 10 Proz. im April, aber einzelne Industriezweige, besonders die Textilindustrie, sind in weit schlechterer Lage. Dagegen erhöhte sich die Arbeitslosenziffer in Dänemark, wo sie Mitte August mit 43 800 um 52 Proz. die des Vorjahres übertraf, ähnlich in Norwegen, wo Mitte August 16 700 Arbeitslose gezählt wurden, was eine Zunahme gegenüber dem Vormonat von 2 Proz., gegenüber August vorigen Jahres von 80 Proz. bedeutet. In der Tschechoslowakei verstärkte sich die Wirtschaftskrise besonders in der Textil- und Metallindustrie weiter. Die Zahl der Arbeitslosen wird auf 200 000 geschätzt. Auch in der Schweiz war die Arbeitsmarktlage unglücklich, während in den anderen Ländern keine wesentlichen Veränderungen eingetreten sind.

Im Bezug auf die Arbeitslosigkeit herrscht noch heute im Unternehmerlager die Meinung, die auch kürzlich auf dem Kongress des Vereins für Sozialpolitik zum Ausdruck kam, dort jedoch die gründlichste Widerlegung erfährt, daß die „Überhöhung der Löhne“ eine der wichtigsten Ursachen der Arbeitslosigkeit sei. Dementsprechend versuchen die Unternehmer überall, mit dem Hinweis auf die Arbeitslosigkeit die Lohn- und Preispolitik, in dem Riesenkampf der englischen Bergarbeiter, der jetzt nach 22 Wochen in unverminderter Heftigkeit andauert, zeigt es sich immer deutlicher, daß es hier um mehr als um Lohn- und Arbeitszeitfragen geht; das weitestgehende Entgegenkommen der Arbeiter in diesen Streitpunkten — die Bergarbeiter schlugen 10prozentige Lohnherabsetzung auf den Stand von 1921 und die Einsetzung eines Schiedsgerichts, das auf Grund des Kostenberichts ein nationales Abkommen ausarbeiten sollte, vor — wird von den Unternehmern glatt abgelehnt; es geht vielmehr um die Erhaltung der nationalen Einheit der Bergarbeiter und damit um die Aktionskraft der Gewerkschaft überhaupt. Daher lehnten die Bergarbeiter die distriktweise Regelung, welche die Regierung vorschlug, mit großer Mehrheit ab. Auch im Londoner Hafen kam es zu einem nach kurzer Zeit erfolgreich be-

endeten Streik von 2000 Arbeitern, weil die Dorfbehörden die Hafenkontrolle durch die Gewerkschaftsbeamten nicht gestatten wollten. Im Bergbau Polens wurde in letzter Stunde ein großer Streik verhütet, indem die Unternehmer in eine spröde Lohnerhöhung willigten, während allerdings die Gewerkschaften 25 Proz. gefordert hatten. Weniger günstig endete eine Ausperrung der Kohlenarbeiter in Jugoslawien, wo die Felsenbesitzer in einen 15prozentigen Preisabsatz einwilligten, nachdem ihnen die Regierung nicht nur größere Aufträge, sondern auch die Verlängerung der Arbeitszeit um eine halbe Stunde zusagte. — Auch in der Metallindustrie verschiedener Länder sind Lohnbewegungen erfolgt: In Brünn (Tschechoslowakei) waren über 2000 Arbeiter zur Abwehr einer 15prozentigen Lohnföhrung in Ausstand getreten; in Belgien wurde eine 5prozentige Inflationslohnerhöhung durchgeführt; in der französischen Metallindustrie fordern über 50 000 Arbeiter Anpassung der Löhne an die Teuerung; und in Österreich haben die Metallarbeiter der Feerbetriebe Lohnforderungen gestellt, und die Arbeiter der elektrotechnischen Installationsindustrie sind wegen Lohnerhöhungsforderungen in Ausstand getreten. Ferner droht in Österreich, da die Regierung die Gehaltsverhandlungen mit den Bundesbeamten immer weiter hinaussögert, ein Streik der Bundesbeamten auszubrechen. Nur die österreichische Postgewerkschaft konnte endlich von der Regierung die Festlegung eines Mindestgehalts von 150 Schilling erreichen. Auch die französischen Beamten, deren Gehälter infolge der Inflation kaum die Hälfte der Vorkriegszeit bedeuten, verlangen jetzt schleunige Gehaltserhöhungen, wie sich überaus in Frankreich, ebenso in Belgien, die Arbeiter immer aufs neue durch Streik gegen eine völlige Ausperrung durch die Inflation wehren müssen, zurzeit z. B. die Bauarbeiter von Koubitz-Tourcoing. Der Streik von fast 5000 Hafenarbeitern in Dänemark jedoch, der seit Anfang Juni andauert, wird außer um Lohnerhöhung noch um den Ausschluß Nichtorganisierter von den Hafenarbeitern geführt.

Die Lohnkämpfe machen sich zum Teil dadurch besonders nötig, daß die Lebenshaltungskosten eine steigende Tendenz aufweisen. Nicht nur in den Inflationsländern stiegen von Juli bis August die Lebenshaltungskosten — um 2 1/2 Proz. in Frankreich, um 3 Proz. in Polen und um fast 13 Proz. in Luzemburg —, sondern auch in Finnland erhöhte sich der Index um 3 Proz., und in der Tschechoslowakei stiegen die Ernährungsstoffe, während nennenswerte Verdünnungen, abgesehen von Ungarn, wo der Lebenshaltungsindex von Juli bis August d. J. um 2 Proz. sank, in keinem Land verzeichnet wurden; auch in Deutschland ist der Lebenshaltungsindex von 199,8 im Januar d. J. auf 142,0 im September, also um über 2 Proz. gestiegen und dürfte für Oktober noch höher sein.

Aus dem Gebiet der Sozialpolitik sind eine Reihe von Kongressen zu erwähnen, die in den letzten Wochen stattfanden. Der Kongress des Vereins für Sozialpolitik beschäftigte sich mit Konjunkturfragen, mit Fragen der Lohnhöhe, der Zollpolitik und der Bevölkerungspolitik; in letzterer Hinsicht wurde auf die Notwendigkeit und Möglichkeiten landwirtschaftlicher Siedlung vor allem durch Intensivierung hingewiesen. Auf der Tagung der Internationalen Vereinigung für sozialen Fortschritt wurde ein sozialpolitisches Programm, das die internationale Regelung der Arbeits- und Gehaltsbedingungen der Angestellten zum Gegenstand hat, angenommen und das Problem der Wahrung der erworbenen Rentenansprüche der Auswanderer, die finanzielle Beratung der Sozialversiche-

Fachschuldruckfächer und anderes

Im Mittelpunkt der jüngsten Ausstellung im Buchgewerbeaal an der Dreiecksstraße in Berlin stehen die Arbeiten des Bauhauses Dessau, dem zwei Vitrinen eingeräumt wurden. Wir sehen dort Plakate, Prospekte, Geschäftsdrukfächer, wie: Briefbogen, Briefumschläge, Postkarten, Geschäftskarten und außerdem die ganze Reihe der bisher im Münchner Verlag Albert Langen erschienenen Bauhausbücher ausgestellt. Wenn wir diese Arbeiten unvoreingenommen betrachten, so werden wir finden, daß trotz der einfachen Mittel: Linien, Kreise, Quadrate, Punkte, Pfeile, die schwindende Wirkung nicht zu verkennen ist, daß sie also durchaus nicht so „primitiv“ sind, wie gemeinhin angenommen wird. In den Farben herrscht rot und schwarz vor, aber auch andre fette Farben werden nicht verschmäht. Zum Teil wird zur Erhöhung der Wirkung die Photographie benutzt. Die Ansicht, daß unter allen Umständen nur Kleinbuchstaben Verwendung finden, wird hier eines Besseren belehrt. Wir finden neben vielem Verhältnismäßig auch ganz normale Schreibweisen, wie: leicht zurückzuführen auf die Wünsche der Besteller. Soweit es Arbeiten für das Bauhaus selbst sind oder für seinen Leiter, ist allerdings die Kleinbuchstaben-schreibung bevorzugt, getreu der Anmerkung auf dem Briefbogen: „wir schreiben alles klein, denn wir sparen damit zeit! außerdem warum zwei alfabete, wenn eins daselbe erreicht! warum groß schreiben, wenn man nicht groß sprechen kann?“ Wir wissen ja, daß diese Meinung nicht nur vom Bauhause ausgeht, sondern schon seither vertreten wurde und seit Jahren auch die Philologen beschäftigt, genau so wie die „lautgetreue“ Rechtschreibung. Besonders ins Auge fallend ist ein Plakat in drei Farben für eine Bauhaus-Ausstellung in Weimar vom 15. August 1923. Der Aufbau der blauen Liniengruppe mit der langen, nach oben stre-

henden Linie dient als Wirkung und leitet über zu dem roten Quadrat, das links davon steht. Die aus Linien gefestete Schrift am Fuße gibt dem Ganzen einen guten Haft und läßt die weiße Fläche des Plakats voll in die Erscheinung treten. Ein andres Plakat für das Ballet By würde manchem vielleicht gar nicht als Bauhausarbeit erscheinen. Es ist dort Photographie mit verwendet worden, die das Triadische Ballet darstellt. Das Ganze ist in Verfassien und, wie alle andern Arbeiten, aus Grotesk gesetzt. Die Bauhausbücher, von denen elf zur Ansicht ausliegen, sind in ihrem Einband gleichmäßig ausgestattet, tragen aber sämtlich verschiedene Schutzumschläge, auf denen die Beiden des Bauhauses voll zur Geltung kommen. Am auffälligsten ist vielleicht das Buch „Staatliches Bauhaus Weimar 1919—1923“, gewissermaßen ein Verzeichnis der Arbeiten und Ziele des Bauhauses; die typographische Anordnung besorgte Woboly-Pagy.

Wirts von den Bauhausstoffen sind die Arbeiten der Kunstgewerbeschule Frankfurt a. M. untergebracht. Ebenfalls zwei Könen. Der Unterschied zwischen den Frankfurter und den Bauhausarbeiten ist stark hervortretend. Wie die Bauhausarbeiten die farbige Fläche als Wirkung wirken lassen, so auch die Frankfurter Arbeiten; diese jedoch mit ganz andern Mitteln. Während dort mehr das Ursprüngliche, Primitivie betont wird, zeigt Frankfurt zwar auch das streng Sachliche, aber doch in kunsthandwerklich beeinflusster Form. Die Titel für das Fachbuch: „Druckfarben, Bindemittel, Trodenstoffe“ beweißen am besten diese Auffassung, ebenso das Plakat: „Das ist New York!“, das mit seinen konstruktiv gestalteten Wolkenkratzern das Auge fesselt.

In den Könen rechts vom Bauhaus sind die Arbeiten der Kunstgewerbeschule Kassel untergebracht. Feine, fließende Linienarbeiten, die ihren Charakter als Kaffeler Arbeiten immer wieder hervortreten.

Daneben sind drei Schulen in einer Reihe vereinigt. Stuttgart wird in einem kleinen Leporello-Prospekt von ungewöhnlicher Länge für die Städtische Handwerker- und Kunstgewerbeschule, elementar in Groteskverfallentafel mit starken schwarzen und roten Linien ausgestattet. Die wenigen Arbeiten aus Mainz und Zittau sind vom Herkömmlichen noch nicht losgelöst.

In den Mittelvitritten gegenüber dem Bauhaus sind die Arbeiten der Kunstgewerbeschule Magdeburg konstruktive Arbeiten, Kellameckdruckfächer für die Firmen Rodosonanz, Sonnenack und, Plakate, die, zwischen viele geföhgt, ihre Wirkung nicht verfehlen. Unter den typographischen Kleinarbeiten befinden sich achtbare Leistungen. Auf der andern Seite der Mittelvitrine sind Arbeiten der Sandwitzer- und Kunstgewerbeschule Weimar zu sehen. Künstlerische Bucheinbände fallen sofort auf, herzerfreuend für jeden Buchliebhaber. Die geschriebenen Arbeiten werden das Entzünden jedes strebsamen Buchdruckers sein. So mancher wird sich vielleicht dadurch anregen lassen, den Fernkursus des Bildungsverbandes im Schriftschreiben zu benutzen. In einer Vitrine an der rechten Wand sind zeichnerische Arbeiten, für Offsetdruck geeignet, untergebracht; ferner künstlerische Padungen. In typographischen Arbeiten sind einige Titel und Gebrauchsdruckfächer vorhanden aus der älteren Zeit.

Rechts daneben: Arbeiten der Fachklassen Typographie in Rot, Figurensatz mit Linien, Punkten, Eten usw., gewissermaßen typographische Illustrationen zu dem Inhalt der Druckfächer. An einzelnen ist stark der Einfluß der elementaren Satzgestaltung zu erkennen.

Die Mittelvitrine der rechten Seite füllt die Buchdruckerlehrausstellung mit Musterarbeiten ihrer graphischen Klassen: Satz, Druck, farbiger Hofschnitt, Schriftschreiben, alles in vornehmer Weise, die Richtung und Ziel der Schule erkennen läßt.

rungsinstitute u. ä. zur Sprache gebracht. Der internationale Städtebaulongkurs in Wien endlich befürwortete die Kleinhäuser- und Gartenstadtbestimmungen und forderte zu diesem Zweck eine Vermehrung des städtischen Grundbesitzes und eine kommunale Planwirtschaft auf dem Gebiet des Wohnungswesens. Zur Bekämpfung der Wohnungsnot liegen gegenwärtig dem französischen Parlament zwei Gesetzentwürfe vor, durch die eine Steuer auf die Wohnungen von Ausländern festgesetzt und der steuerfreie Mietbetrag für mehrköpfige Familien geregelt werden soll. In Frankreich wurde ferner kürzlich von den Gewerkschaften ein Gesetzentwurf, der die Gewährung von Familienzulagen in Aussicht nimmt, eingebracht. — In Australien fand zu Beginn des vorigen Monats eine Volksabstimmung statt, durch welche der reaktionären Bundesregierung außerordentliche Vollmachten in wirtschaftlichen Notfällen (Streiks) verliehen, die in der Industrie Schiedsgerichtsbarkeit den Bundesgerichten zugepflochten und die 44-Stunden-Woche beseitigt werden sollte. Alle drei Anträge wurden abgelehnt. E. T.

Korrespondenzen

K. H. Heidelberg. Zu unserer zweiten Ordentlichen Hauptversammlung, die am 20. August stattfand, waren von 200 Kollegen an Ort und Stelle erschienen. Unter „Geschäftlichem“ machte Vorsitzender R a u c h einige Mitteilungen von der neugegründeten Fachschulrichtung, zu der vom Stadtrat 6000 M. zur Verfügung gestellt sind zur Anschaffung einer neuen Schnellpresse. Ferner verlas er ein Dankschreiben der Karlsruher Drucker sowie ein Schreiben aus Tauberbischofsheim wegen Nichtinhabung örtlicher Abmachungen. Sodann wurde eine Aufnahme vollzogen. Zum Kassenbericht, der gedruckt vorlag, gab Kollege M a u e r e r einige Erläuterungen; es wurde ihm Entlastung erteilt. Beim Punkt 5, „Wahlumsfrage“, wurde der Bezirksbeitrag vom vierten Quartal an um 10 Pf. erhöht. (Das Umschauen ist verboten.) Auch wurde der Lehrlingsbeitrag von diesem Zeitpunkt ab von 10 auf 20 Pf. pro Woche erhöht, jedoch getrennt gehalten. Hierauf erhielt Kollege F i s c h e r (Münberg) das Wort zu seinem Vortrag über das zeitgemäße Thema „Betriebswissenschaft“, das er in leichtverständlicher Weise behandelte. Dem Referenten auch an dieser Stelle nochmals besten Dank.

Marienwerder (Westpr.). (Vierteljahrsbericht.) In der Julierversammlung, die infolge des schönen Wetters nur schwach besucht war, teilte Vorsitzender Z i l l i a n mit, daß infolge der schlechten Konjunktur durch Abreise mehrerer Kollegen sich unsere Reihen weiter gelichtet haben. Für einen von hier verzogenen Kollegen wurde ein anderer Kollege zum Schriftführer gewählt. Da unser Ort Grenzschutzstelle vom und zum sogenannten Polnischen Korridor ist, und die Naturgegebenheiten Ostpreußens in diesem Jahre ausnahmsweise stark von unsern Reisenden besucht werden, ist selbstverständlich hiermit auch eine starke Transparenz unserer Ortsvereinskasse zu verzeichnen. Wir mußten daher auf Vortrag des Kassierers Z i l l i g zu einer Erhöhung des Ortsvereinsbeitrags um 10 Pf. schreiben. An der Bezirksversammlung in Elbing, die am 4. August stattfand und auf der das Referat des Gauvorstehers Reischer (Königsberg) über unsern Verbandstag eingegangen worden wurde, nahmen von hier 21 Kollegen teil. Kollege Z i l l i a n würdigte die Verbandstagsbeschlüsse; die hiesige Kollegenchaft kann sich aber nicht mit allen Beschlüssen — ganz besonders nicht mit der Regelung der Invalidenfrage — einverstanden erklären. Da die hiesige Grenzschutzstelle wegen des Hin- und Herbuhrens zwischen Marienburg und Marienwerder für die Reisenden finanzielle Nachteile im Gefolge hat, beschloß die Versammlung, beim Verbandsvorstand die Aufhebung der hiesigen Zahlstelle zu beantragen. — Die Augustversammlung fand in Gestalt einer Abstimmungsverammlung in

Stuhm statt, und es beteiligten sich hieran 14 hiesige und vier Marienburger Kollegen. Vorsitzender Z i l l i a n begrüßte die Erscheinenden und bedauerte, daß die Stuhmer Kollegen unserer Einladung nicht Folge geleistet haben. Aber auch in Stuhm werden wir einst Fuß fassen. Im weiteren Verlauf der Verhandlungen wurde dann zwischen dem hiesigen und dem Marienburger Ortsverein ein Übereinkommen in der Zahlstellenfrage getroffen, da Marienburg unter den gegenwärtigen Umständen genau so leidet wie wir. — Bei einem guten Trunk blieben die Kollegen bis zur Abfahrt der Züge zusammen. — In der Septemberversammlung teilte Vorsitzender Z i l l i a n zunächst mit, daß laut Schreibens des Gauvorstandes die hiesige Zahlstelle zum 1. Januar 1927 aufgehoben wird, was sicher im Interesse unsern Reisenden liegt. Für die englischen Bergarbeiter wurden aus unserm Ortsrat 6 M. bewilligt. Nach Erledigung des geschäftlichen Teils versammelten sich die Kollegen mit ihren Damen, und die 25jährige Verbandszugehörigkeit unseres Kollegen C l e m e n s K l a w o n n festlich zu begehen. Nach einleitenden Musikstücken ergriff zunächst Kollege Z i l l i a n das Wort. Er würdigte in längeren Ausführungen die Verdienste des Kollegen Klawon um unsere Organisation (erster Jubilar im Ortsverein). Er kam in jungen Jahren zum Verband und hat sowohl als langjähriger Funktionär wie auch als einfaches Mitglied stets seinen Mann gestanden. Redner hat den Jubilar, auch weiterhin seine Kräfte in den Dienst der Organisation zu stellen und der jungen Generation ein Vorbild echter Solidarität zu sein. Seine Worte klangen aus in den Wunsch, daß es unsern „Dischauer“ vergönnt sein möge, im Kreise seiner Familie dereinst sein 50jähriges Verbandsjubiläum zu begehen und überreichte ihm als äußeres Zeichen der Dankbarkeit des Ortsvereins ein künstlerisch ausgestattetes Diplom. Es sprach dann noch im Namen der Kollegenchaft Kollege G u t h, für die Typographische Vereinigung Kollege G r i e t e t und für den Ortsauschuß der freien Gewerkschaften Kollege B u c h e r s e r und überreichte dem Kollegen Klawon verschiedene Angebote. Die Dankesworte des Jubilars klangen aus in eine Mahnung an die jungen Kollegen, den stolzen Bau unserer Organisation zu stärken und durch tatkräftiges Einstehen für den Verband diesem die Treue zu halten. Bei Musik und Gesang blieben die Versammelten noch bis zur Polzeistunde zusammen.

Den Alten zur Ehr', den Jungen zur Lehr'!

50-jähriges Verbandsjubiläum

Schöner Wilhelm Nickel, geb. in Leipzig. Schöne Kondition: B. G. Teubner, Leipzig.

Allgemeine Rundschau

Nachnamenswerte Beispiele. Am 11. Oktober konnten elf Jubilare auf eine 20- bis 50jährige Tätigkeit in der Firma Buchdruckerei Woritz Billig, Mittweida i. Sa. („Mittweidener Tagblatt“) zurückblicken. Aus diesem Anlaß wurde sämtlichen elf Jubilaren außer Diplomen ein schönes Geldgeschenk überreicht. — Die Firma Buchdruckerei „Kornel“, Gultarv Pets, in Birmaienschre dieser Tage drei ihrer Mitarbeiter für 25jährige, 28jährige und 40jährige Tätigkeit durch Abrechnung von Geldgeschenken, die sie den vom Deutschen Buchdrucker-Verein gestifteten Ehrenzeichen beifügte. Für die Geschäftsangehörigen veranstaltete die Firma außerdem einen vortrefflichen Abend.

Meisterprüfung. Vor der Handwerkskammer für das östliche Preußen, Abteilung Gumbinnen, legte Kollege D i t t o S e n e r aus Gumbinnen die Meisterprüfung mit Erfolg ab.

J. B. Grahl. In München verstarb dieser Tage ein Prinzipal der alten Schule, Gewerberat Grahl, dessen Name auch in der Geschichtsbuch einen guten Klang hat. Er war einer von den wenigen, die — von der Räte aufgeben — Leid und Freud des Buchdruckerbaus als eigener Erfahrung kennen lernten. Nach vollendeter Lehrzeit im Jahre 1872 ging in die Fremde; er konfessionierte in Wien, Budapest und später in Innsbruck und Samaden. Nach Deutschland zurückgekehrt, führten ihn seine Wanderjahre nach Konstanz, Dresden, Hannover und Berlin. Dann ging nach München zurück, wo Grahl nach kurzer Faktorentätigkeit in mehreren Betrieben eine eigene Buchdruckerei begründete, die er mit großer Umsicht und damit seiner reichen Erfahrungen in der Welt und im Beruf mit großem Erfolg selbst leitete, und die sich aus kleinen und bescheidenen Anfängen heraus zu ansehnlicher Größe entwickelte. Im Jahre 1900 begann Herr Grahl's öffentliches Wirken als Vorsitzender der Buchdruckerinnung für Oberbayern und als Vorsitzender des Prüfungsausschusses für Buchdruckerlehrlinge. Nach Auflösung der Kreisinnung wurde Grahl an die Spitze des Vereins Münchener Buchdruckerbesitzer berufen, und einige Jahre später übernahm er auch das verantwortungsvolle Amt als Tarifvertreter. Im Jahre 1909 wurde ihm der Vorhitz des Kreises V. (Bayern) des DDB übertragen. Nachdem J. B. Grahl fast zwei Jahrzehnte hindurch zu Auf und Gange des Gewerbes in ungenügender Weise gearbeitet hatte, zog er sich im Jahre 1919 aus gesundheitlichen Rücksichten von der Mehrzahl seiner Ehrenämter zurück, um sie der Obhut jüngerer Kollegen anzuvertrauen. Mit all diesen Ehrenämtern ward ihm auf organisatorischem Gebiet ein außerordentlich großes Betätigungsfeld erschlossen, auf dem er Hervorragendes leistete. Überblickt man die vielseitige und anhaltende Tätigkeit des Verstorbenen für die Förderung des Buchdruckerwesens, so muß man sagen, er hat für seine Berufsgenossen, Prinzipale wie Gehilfen, ein selbstloses, hingebungsvolles Wirken entfaltet, von dem man nur wünschen kann, daß es für die gegenwärtige wie für die kommende Generation vorbildlich bleiben möge. All das getreue Schaffen J. B. Grahl's verpflichtet zu aufrichtigem Dank. Wir werden dieses Schaffen ebenso in Ehren halten wie seine sympathische, humorvolle Persönlichkeit selbst. Das kommende Arbeitsjahrgesetz. Wie die „Vollsthe Zeitung“ mitteilen wußte, ist der Entwurf des Arbeitsjahrgesetzes nach eingehenden Beratungen mit den Spitzen-

verbänden der Unternehmer und der Arbeiter sowie der Landesregierungen nunmehr fertiggestellt. Das Reichsarbeitsministerium ist zurzeit mit der Ausarbeitung derausführlichen Begründung dieses neuen Gesetzes beschäftigt, das wahrscheinlich bereits Ende Oktober dem Reichskabinett vorgelegt werden wird. Der Gesetzentwurf geht dann zur Stellungnahme an den Reichsarbeitsrat und mit dessen eventuellen Abänderungsvorschlägen an den Reichsrat, so daß er kaum vor dem Frühjahr 1928 im Reichstage zur Beratung kommen dürfte. Das Arbeitsjahrgesetz stellt einen Teil des kommenden Arbeitsgesetzbuches dar. Es gibt eine Zusammenfassung aller bisher in den verschiedenen Gesetzen enthaltenen Arbeitsjahrgesetzbestimmungen, besonders regelt es die Frage der Sonntagsruhe, des Feiertags, Jugendlicher und Frauenschutzes, vor allem aber wird in dem Arbeitsjahrgesetz das Problem der Arbeitszeit im Sinne des Washingtoner Abkommens und der Londoner Arbeitsministerkonferenz behandelt. Nicht unter die Bestimmung des Arbeitsjahrgesetzes fallen jedoch die im Bergbau, der Landwirtschaft und der Schiffahrt beschäftigten Arbeitnehmer sowie die Hausangestellten. Dagegen beabsichtigt man, die Arbeitsjahrgesetze im Bergbau durch ein besonderes Bergbaujahrgesetz zu kodifizieren, das wahrscheinlich gleichzeitig mit dem Arbeitsjahrgesetz dem Reichstag vorgelegt werden wird.

Bildung und Unterzeichnung der Silberbergischen Rede.

In einer vom Vorstand des Reichsverbandes der Deutschen Industrie veröffentlichten Rundbelegung erklärte sich dieser nach eingehender Aussprache einstimmig einverstanden mit folgender, vom Präsidium vorgelegten Entschliessung: „In der Präsidial- und Vorstandssitzung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie wurde in Verbindung mit einer Besprechung der Ergebnisse der diesjährigen Mitglieder-Versammlung auch die Rede des Herrn Dr. Silberberg: „Das industrielle Unternehmertum in der Nachkriegszeit“, eingehend erörtert. Als Ergebnis dieser Aussprache wird folgendes einstimmig festgelegt: Die Mitglieder des Reichsverbandes der Deutschen Industrie sind bei ihren Reden und Vorträgen in keiner Weise gebunden. Sie haben das Recht, ihre Meinung frei zu äußern und sind keinem Mehrheitsbeschluß unterworfen. Präsidium und Vorstand sind der Auffassung, daß sowohl das Bekenntnis der Unternehmerrbeit zum Staat als auch die Aufforderung zur Zusammenarbeit zwischen Unternehmer und Arbeiterschaft nur eine neue Betonung der auch bisher von den Spitzenorganisationen der Industrie verfolgten Ziele darstellen. Präsidium und Vorstand des Reichsverbandes der Deutschen Industrie begrüßen alle Bestrebungen, die geeignet sind, die Zusammenarbeit zwischen den Unternehmern und Arbeitern zu fördern. Zu den parteipolitischen und parteitaktischen Auslegungen und Auswertungen der Rede des Herrn Dr. Silberberg nehmen Präsidium und Vorstand keine Stellung, da es nicht Aufgabe des Reichsverbandes der Deutschen Industrie ist, Parteipolitik zu treiben.“ Diese Entschliessung bedeutet eine Zurückweisung der krampfhaften Bemühungen einiger namhafter Scharfmacher und Nationalauten, die Rede Silberbergs als eine Meinungsäußerung hinzustellen, mit der das Präsidium des Reichsverbandes der Deutschen Industrie nichts zu tun habe.

Stellungnahme der Mieterorganisationen zu den Wohnungsausschüssen eines preussischen Ministers.

Der Bund Deutscher Mietervereine e. V. (Sitz Dresden) wurde uns mitgeteilt, daß die deutschen Mieterorganisationen Stellung genommen haben zu der vom preussischen Volkswohnungsminister Hirtleser geforderten Erhöhung der Miete auf 130 Proz. der Friedensmiete. Daß Minister Hirtleser mit einem planmäßigen, umfangreichen Wohnungsausbau Wohnungsnot und Arbeitslosigkeit bekämpfen will, wird begrüßt. Der Bund Deutscher Mietervereine hält jedoch den vom Minister in seinem Aufruf vorgeschlagenen Weg für verfehlt und gefährlich für unsere Volkswirtschaft. Wichtig ist, daß zurzeit als Hauptklausel für den Neubau die Hauszinssteuer in Frage kommt. Diese Steuer wird aber schon jetzt in ausreichender Höhe erhoben, nur wird sie heute noch wesentlich für den Finanzbedarf verwendet. Für diesen Bedarf müssen andre Quellen (Einkommensteuer) erschlossen werden. Wird die heutige Hauszinssteuer nur für den Neubau verwendet, so ist eine Erhöhung der Steuer und damit eine Steigerung der Mieten nicht notwendig. Gegen weitere Mieterhöhungen spricht außerdem die allgemeine Wirtschaftslage und die dringende Notwendigkeit, die Kaufkraft des Geldes zu heben und damit die Preisentwertungsmassnahmen der Regierung zu unterstützen. Mit starkem Befremden stellte die Mieterchaft fest, daß der Minister zwar den künftigen Wegfall der Mietzinssteuer in Aussicht stellt, gleichzeitig aber das Steigen der Mieten als eine selbstverständliche Erscheinung in allen Kulturstaaten hinstellt. Er will also den Betrag der Hauszinssteuer künftig dem Hausbesitz als unverdiente Rente überlassen und ihm damit aus unserer verarmten Volkswirtschaft ein jährliches Milliarden Geschenk zuwenden. Dagegen wird die Mieterchaft mit allen Mitteln Widerstand leisten. Sie verlangt von einer Regierung, daß sie die Steigerung der Bodenrente nicht als etwas Unabänderliches hinnimmt, sondern dem Volk den Weg zeigt, auf dem das Steigen unverdienter Rente verhindert wird. Es erwartet, daß die Regierung sich in diesem Sinne an die Parlamentarier und das Volk wendet.

Wieder einmal die rotgestempelten Tausender. Aus verschiedenen Zuschriften von Kollegen konnten wir erfahren, daß das Märchen von einer Aufwertung der Rotgestempelten immer noch Gläubige findet. In einer dieser Tage vor dem Berliner Landgericht II verhandelten Berufungssache gegen ein Urteil des Schöffengerichts Tempelhof, das einen Kaufmann mit einer Gefängnisstrafe belegte wegen schwerer Beleidigung des Reichsflaggenpräbiteren Schacht, wurde letzterer als Hauptzeuge selbst vernommen. Schacht erklärte dabei, daß von volkswirtschaftlich völlig ungebildeten Leuten wertlose Broschüren über die Aufwertung der Reichsbanknoten gedruckt und Hunderte von Bekannungen veranstaltet worden wären. Als dieses Treiben überhand nahm, hielt sich Schacht für verpflichtet, öffentlich zu warnen. Durch Verstreifung sei das Publikum auf die Idee gekommen, daß die rotgestempelten Scheine aufge-

Wintz daneben sehen wir in den Seitenwitten das Schaffen der Berufs- und Fachschule Potsdam, besonders wie es die tägliche Praxis vom Buchdrucker fordert. Ganz vorzüglich ist auch hier versucht worden, der neuen Richtung gerecht zu werden.

In der Mittelwirte derselben Reihe finden wir die Fachschule für die Buchdruckerei mit sachtechnisch sehr gut durchgearbeiteten Beispielen. Auf drucktechnischem Gebiete ebenfalls anerkannter Leistungen; besonders bemerkenswert der vorzüglich gelungene Offsetdruck und ein großer Werfarbdruck: Friedrich Koenig.

In der letzten Reihe zeigen Arbeiten der Fachschule C l e n e, wie an den kleinen Schulen Stizze, Satz, Kleinschnitt und Farbenkunde sowie Schriftschreiben unter guter Anleitung des Schülers durch den Lehrer gepflegt werden.

Die Fachschule für Buchdruckerei in dem großen Mittelfeld vertreten. Wir sehen auch hier Schriftschreiberarbeiten, und besonders wertvoll ist ein Titel „Der Kunstwanderer“ in zweifacher Ausführung, zu dem die Werstattstücken mit ausgestellt wurden. Hieran steht auch der Laie, wie der Buchdrucker seine Arbeiten herstellt.

Unter den wenigen Arbeiten der Fachschule München fallen besonders drucktechnische Leistungen auf, ein Beweis, daß auch hier Gutes geleistet wird.

Alles in allem kann man sagen, daß diese Ausstellung eine Schau ist, die jedem, ob Buchdrucker oder Nichtbuchdrucker, zeigt, wie die Fortbildung in den Schulen gepflegt wird, und nicht nur in den Lehrlingschulen, sondern auch in den Schulen, wo Gehilfen in Abendkursen ihre Freizeit zur Weiterbildung benutzen. Das muß jeder Fachmann, auf welcher Seite er auch stehe, anerkennen und würdigen. Diese Ausstellung der Öffentlichkeit zugänglich gemacht zu haben, ist ein Verdienst des Bildungsverbandes der Deutschen Buchdrucker. H. G.

